

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Gründung wöchentlich 20 Pfennig, Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,20 Mk., Einzelgenuss die Spedition, 20 Pfennig für Arbeiter, netto 15 Pfennig, Geschäfts- und Postanschriften: 1. 11.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Datsbura, Boulevard 17, Berlin, Post-87. Zahlung der Abgaben: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufträgen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 19

Quisburg, den 8. Mai 1920

21. Jahrgang

Die Belastungsproben der Arbeitsgemeinschaft.

Dr. van den Boom.

Wenn man an all das Ungemach zurückdenkt, das seit den Tagen des 9. November 1918 über die deutsche Wirtschaft gekommen ist, dann darf man gewiß eine Genehmigung haben. Das Bekenntnis zur industriellen Gemeinschaftsarbeit, das im gleichen November 1918 von den maßgebenden Verbänden der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgegeben worden ist, ist trotz allen Stürmen im allgemeinen Intaktheit geblieben! Auch in den Märztagen noch hat der Zentralverband der deutschen Industrie Gegenüber genommen, sich mit allem Nachdruck erneut zu den Grundsätzen der gemeinsamen Verständigung und des Zusammenwirkens zu bekennen, die Ende 1918 zur Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt haben. Ihr müße daher allgemein unter allen Umständen festgehalten werden. Und soweit ein Fall des Abschwankens von der Arbeitsgemeinschaft vorgekommen ist, nämlich der so allseitig bekannte Metallarbeiterverband, so verdient die Festlegung der Arbeitsgemeinschaft, daß dieser nicht in letzter Instanz nur Theorie ist. Denn in der Praxis beteiligt sich dieser Verband bei den Verhandlungen über Tarifverträge, während er diese doch längstigen mühte, wenn er in der Ablehnung des Gehaltens der Arbeitsgemeinschaft folgerichtig sein wollte.

So wird man denn die Arbeitsgemeinschaft nach wie vor als die Hauptgrundlage für all die Arbeit betrachten müssen, die sich auf den Wiederaufbau unserer Wirtschaft bezieht. Um so mehr als wir heute klarer denn je erkennen können, wie es mit unserer wirtschaftlichen Lage seit Kriegsende und Revolutionen tatsächlich steht und worin die wirklich brauchbaren Maßnahmen zu erblicken sind, die uns wieder zu einigermassen normalen Zuständen verhelfen können. In einer eben im Volksvereinsverlag erschienenen Schrift: „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ habe ich dieses klar und klar ausgearbeitet zu haben. Das Bild, das die deutsche Wirtschaft seit 1918 und auch heute noch zeigt, ist dahin kurz zusammenzufassen, daß einer gewaltigen Gütervernichtung und Kräfteerminderung während über 4 Kriegsjahren ein fast unermesslicher Warenbedarf gegenübersteht, der sich nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt bemerkbar macht. Während wir früher vielfach an den Bedarf überreichendes Warenangebot hatten, das eine steigende Wohlstandsentwicklung und eine ständige Erhebung der Lebenshaltung aller Erwerbsstände und Volksschichten ermöglichte, ist es heute umgekehrt. Einem sich als wahren Hunger zeigenden Bedarf nach Verbrauchs- und Gebrauchsgütern aller Art entspricht ein bei weitem nicht ausreichendes Angebot, dem aber die natürliche Produktionsfähigkeit zu entsprechen nicht in der Lage ist.

Wie die deutsche Wirtschaft, so ist auch jene des Auslandes in hohem Maße erschüttert, selbst diejenige der Vereinigten Staaten, auf welche in erster Linie die Augen der Hilfssuchenden in Europa gerichtet sind. Falls wäre es daher, von dem Ausland für eine Wiederaufbau unserer Wirtschaft allzuviel erwarten zu wollen. Selbsthilfe muß daher unsere Parole sein, Rückkehr zu intensiver Arbeit! Das einzig durchgreifende Mittel, auf die Dauer zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Valuta zu gelangen, liegt in der Förderung der inländischen Produktion, die in erster Linie nur durch eine gesteigerte Arbeit des ganzen Volkes erreicht werden kann. Es muß nicht nur überhaupt mehr gearbeitet werden, sondern auch mehr als in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben. Ist es nicht in höchsten Grade bemerkenswert, daß auch die Denkschrift des Obersten Rates über die wirtschaftliche Lage Europas vom März d. Js. nachdrücklich betont: „Nur die Zeit kann das Hebel heben und wenn die Völker Europas den Heilungsprozess beschleunigen wollen, so müssen sie den Arbeiten des Friedens mit demselben Eifer und derselben Hingabe obliegen, mit der sie den Krieg geführt haben.“

Im Lichte dieser unabweisbaren Erkenntnis hatten der Arbeitsgemeinschaft als wichtigste Aufgaben vor allem zwei: erstens die Sicherung der Arbeit und die Pflege des Wirtschaftsfriedens in Verbindung mit den Maßnahmen die diese zu sichern imstande sind (Wartung des Schiedswesens) und zweitens die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft. Ohne die Erfüllung dieser beiden Aufgaben können wir weiter in unserem Vaterland auf schwankendem Boden umher und vermögen wir nicht wieder zu einer Wirtschaft des Erfolges und des Erfolges zu gelangen, die die Menschheit ihr wirtschaftliches und damit auch ihr seelisches Gleichgewicht wieder finden läßt. Denn zwischen beiden stehen doch enge Wechselwirkungen als die Menschheit sich vielfach zusehen will. Nur ein Volk, das materielle sein Auskommen findet und aus dem materiellen Schwerestand der Nohe und Sorgen herausgelangt, kommt auch wieder zu einer konservativeren inneren Verfassung und zum Seelenfrieden. Und darum liegen auch die letzten Aufgaben aller Spannungen und Unruhen in unserem Vaterland darin, daß die Friedensbedingungen aus die materielle Orientierung nicht finden lassen, die wir zu unserem neuen Wiederaufbau notwendig haben.

Wenn auch die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft bisher hart durch die eigene Aufbautätigkeit in Anspruch genommen

wurden, so haben sie andererseits auch für den Wiederaufbau der Wirtschaft bereits Erfolge gezeitigt. Wir glauben auch an ihre Zukunft, weil wir an die Zukunft der deutschen Wirtschaft glauben. Freilich wird es auch großer Mühsal großer Geduld und einer gewissen Entsagung, und zwar sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer bedürfen, und eine Fülle schweriger Fragen wird noch zu lösen sein, ehe die Arbeitsgemeinschaft zu einem dauernden ehrlichen und damit wirklich brauchbaren Friedensinstrument geworden sind. Nach entgegen heute im Zeitalter des Vandalentums, wo unsere höchste Währung den Charakter der Ausfuhrprämie hat und als solche wirkt, die Arbeitsgemeinschaft die schwersten Belastungen an den Produktionskosten, wie sie sonst am empfindlichsten sind, nämlich der Lohnfrage und den sonstigen Arbeitsbedingungen. Aber, wenn sie auch standhaft, wenn unser Export sich keine Wege erst wieder wird erkämpfen müssen, wenn bei einer Parität der Währungen auf der vollen oder annähernden Basis der Friedenszeit kein offenes und verdecktes Exportprämien mehr vorhanden sein, wenn in der Preisregulierung jede Viertelstunde Arbeitzeit und jeder Groschen Lohn wieder volles Gewicht gewonnen haben werden? Wenn auf dem Weltmarkt einzig und allein wieder die natürlichen Preisregulierungen und die Qualität entscheiden werden? Dann wird die Tragkraft der Arbeitsgemeinschaft in hohem Maße darauf beruhen, wie weit sie selbst in unserem Wirtschaftsleben durch die eigene verkörperte Kraft setzen Fuß gefaßt haben, wie weit sie vor allem Führer haben, deren Wort bei den Massen etwas gilt und auf diese bestimmenden, ja verpflichtenden Einfluß ausübt.

Die wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit wird aber dann am besten ihre Aufgabe erfüllen, wenn neben ihr einhergeht auch eine nach Möglichkeit politische, wenn das Gute, was sie aufrecht hält, nicht wieder verdorben wird durch den Kampf der Parteien. So friedlicher deshalb auch unsere innerpolitische Forderung, desto besser kann die wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit gedeihen; Gesichtspunkte, die auch jetzt bei den Reichstagswahlen nicht sollten aus den Augen gelassen werden.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

III.

Im vorigen Artikel wurde die Vorgehensweise des Reichstages unter unseren Kollegen vor Augen geführt; das Vorgehen der Gewerkschaften um ihn für die Arbeiter in den ununterbrochenen Betrieben der Eisenindustrie, besonders der Kampf unserer christlichen Metallarbeiterverbandes und seines Verbandsvorsitzenden Wöber um den Achtstundentag der Feuerarbeiter; unser Verband hat, obwohl als jüngster der drei Metallarbeiterverbände, doch als erster diese Forderung mit allem Nachdruck selbst seinem Entstehen vertreten. Im vorliegenden Artikel wird die Einführung des Achtstundentages beleuchtet und Licht- und Schattenpunkte des parlamentarischen Achtstundentages eingehend dargelegt.

Daß auch andere Parteien und Sozialpolitiker mehr oder weniger gute Versuche machten, um eine längere Arbeitszeit zu bekommen, sei nur nebenher erwähnt. Gute Unterlagen lieferten hierzu u. a. der Sozialreformer und Fabrikant H. Freese und der Leiter der optischen Werkstätten C. Zeh in Jena, Professor Ernst Abbe. Beide machten bahnbrechende Versuche, um auf Grund der gesammelten Erfahrungen in ihren Betrieben und der angestellten Berechnungen nachzuweisen, daß der Achtstundentag sich aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen begründen ließe und die Arbeitsleistung bei steigendem Lohn und bei sinkender Arbeitszeit zu- und nicht abnehme. Welchen ging es jedoch mit ihren Bestrebungen wie den Gewerkschaften, wie den alten Christlich-Sozialen, den Sozialdemokraten, und wie auch den jüngsten bürgerlichen Sozialreformern. Ihre Meinungen und Forderungen scheiterten an den bekannten vergeblichen Schwierigkeiten und Widerständen.

Erst der blutige Bitterkrieg mußte kommen, der mit seinen Wirkungen die Bresche für die längere Arbeitszeit schlug. Im ersten Kapitel dieses Aufsatzes sind die Verhältnisse näher umschrieben. Wir führen dort auch an, daß sich die Arbeitgeber der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nach Schluß des Krieges nicht hätten widersetzen können. Bei der Durchführung der kürzeren Arbeitszeit wurde eine Steigerung der Arbeitsrente erwartet. Kamenlich hoffte man auch beim Abschluß des Friedensvertrages eine internationale Verkürzung der Arbeitszeit zu bekommen. Die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren schon während des Krieges, wenn auch reichlich spät, gebildet worden. Am 2. und 26. Oktober 1918 hatte man sich verständigt über die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, über den Abschluß der Tarifverträge, über Arbeitsanweisung, über Einstellung der Kriegseinsparner und dergleichen. Anfangs November sollte in Berlin weiter verhandelt werden. Inzwischen ging der Krieg zu Ende und nichts lag näher als nunmehr auch die kürzere Arbeitszeit in der Arbeitsgemeinschaft durchzusetzen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis der achtstündigen Arbeitszeit mit Wirkung vom 15. November 1918. Vereinbarung war schon früher abgeschlossen Kriegsende erst 1918. Verträge erst am

23. November 1918 wurde die Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung erlassen, wonach für die Übergangszeit mit Wirkung vom 23. November 1918 ab, nicht länger als acht Stunden gearbeitet werden durfte. Die vorläufige Regierung, die sogenannten „Volksbeauftragten“ Ebert, Scheubemann und dergleichen, gingen wohl weiter, jedoch kündigten sie die Einführung des Achtstundentages erst ab 1. Januar 1919 an. Dabei gingen sie über ihr Parteiprogramm weit hinaus. Während dieses den achtstündigen Normalarbeitsstag wackte, führte die Revolutionsregierung den achtstündigen Normalarbeitsstag allgemein und durch gesetzlichen Zwang ein. Die Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft und die Verordnung der Behörde für die wirtschaftliche Demobilisierung waren also and wahlmöglicher innerer Begründung der Übergangswirtschaft und aus längerer Vorbereitung, wenn auch unter dem Druck der gespannten Stimmung den Maßnahmen der Revolutionsregierung voraus geeilt. Von den vielen sozialdemokratischen Kronzeugen, die die Wichtigkeit dieser Festlegung bestätigten, verweisen wir hier nur auf den Artikel „Mißstand auf das Jahr 1918“ in Nr. 1 des „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ vom Jahre 1919. Es heißt dort u. a.:

„Anerkennung des Koalitionsrechts und der Gewerkschaften, Befestigung der gelben Organisationen, Einführung von Tarifverträgen in allen Berufen, Einschränkung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsausschüssen und Schlichtungsinstanzen, Paritätliche Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung des Achtstundentages, Anerkennung des Rechtes auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer, — alle diese Forderungen, für die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gekämpft wurde, sind schon vor der Revolution auf der ganzen Linie durchgeführt und vertraglich festgelegt worden.“

Freunde wie Feinde der Revolution, wie auch der kürzeren Arbeitszeit, kommen an diesen Tatsachen nicht vorbei. Aber man sollte sich doch allgemein damit abfinden, denn nur dann bleibt der Blick zum Urteil ungetrübt und die Bahn frei um die Frage Arbeitszeit — Achtstundentag einer besseren Lösung entgegen zu führen.

Daß die allgemeine Einführung des achtstündigen Normalarbeitsstages große Lichtseiten auslösen mußte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Dem Ausdruck, der sich während des Krieges gemalten Mißstimmung, der nach demselben erwartet wurde, war durch die rechtzeitige Befestigung dieses Rechtes wirksam vorgebeugt worden. Es zeigten sich auch gute Früchte, die auf die angeführten zehn Notwendigkeiten kommen mußten, wonach im ersten Kapitel die Herabsetzung der Arbeitszeit nach dem Kriege begründeten. Die Kriegsteilnehmer konnten untergebracht werden. Die Krankheitsziffern haben nachgelassen. Technische Betriebsmittel konnten in vielen Fällen besser ausgenutzt werden. In ebenso vielen Fällen hat sich wohl auch die Erzeugung nach einer Übergangszeit wieder zur selben Höhe bei der achtstündigen Arbeitszeit emporentwickelt, wie sie früher bei der neun- oder zehnstündigen Arbeitszeit war. Mancher Betriebsführer ist verschunden. Hätte es in den Betrieben nicht an Kohlen oder an sonstigen Rohmaterialien gefehlt, wären die unglückseligen politischen Nachwirkungen der Novemberrevolution unterblieben, hätte die Versorgung mit Lebensmitteln und mit sonstigem Lebensbedarf auch nur ein wenig weiter geleitet werden können und wäre man namentlich den Wucherern, Schleihhändlern und ähnlichen Wänslen mit eiserner Faust an ihr niederträchtiges Gebahren gegangen, so würde wohl die gesamte Eisen- und Metallindustrie allerwärts die Einführung des achtstündigen Arbeitstages an und für sich gut überstanden haben. Die Wahrheit dessen wird aus jenen Industriegebieten bestätigt, wo sich die Arbeitserschaft infolge eines besseren Organisationsverhältnisses von politischer Hirngespinnst den Kopf rein gehalten hat. In diesen Kreisen hat man denn auch in verständnisvoller Weise ein verständliches gesichertes Verhältnis geschaffen, wodurch der Achtstundentag ebenfalls in besserem Licht erschien. Allgemein betrachtet, schien die Einführung des Achtstundentages eine großzügige soziale Tat zu sein. Sie hätte eigentlich verdient, mehr als es geschehen ist, Befriedigung unter der Arbeiterschaft auszulösen. Es liegen jedoch noch zu wenig Erfahrungen vor und diese selbst sind noch allzu sehr von Fremdkörpern umgeben, die einander nicht so nur mittelbar mit dem Achtstundentag etwas zu tun haben. Indes nehmen wir die vollen Lichtseiten, soweit sie sich nur zu erfassen sind, gönne wir sie allen Beteiligten von ganzem Herzen und wünschen wir sie soweit es nur möglich ist. Aber unterrichten wir uns nicht einseitig, kreieren wir keine Vogelstrauchpolitik, sehen wir nicht blindlings nur die Lichtseiten, sondern betrachten wir ohne Scheu auch die Schattenseiten des allgemeinen gleichmäßigen achtstündigen Normalarbeitsstages für alle Arbeitnehmer, wie er vor uns liegt.

Wo Licht ist, da ist bekanntlich auch Schatten. Dieser Schatten des allgemeinen achtstündigen Normalarbeitsstages droht ihm sogar zum Verhängnis zu werden. Wir müssen uns deshalb mit ihm beschäftigen. Auf die mehr nebensächlichen und kleineren Bedenken, die gewerkschaftlich

den Achtstundentag ins Feld geführt werden, wollen wir jedoch nicht näher eingehen. Wenn die Folgen des Krieges mehr vernarrt sind und eine reichlichere Ueberflut über die guten Wirkungen des Achtstundentages vorlegt, dann ist bestimmt zu erwarten, daß diese Kleinere Werten und Schattenseiten noch mehr alleinsehbare Ausnahmefälle sein werden und gegenüber den Vorteilen kaum in die Waagschale fallen. Dazu gehört das Verbot von längeren Wirtshausbesuchen und Kartenspielen, von der längeren Zeit des Gebrauchs, von übertriebener Versuch von Klubs, Tingspielen, Musik, Tanz und sonstigem Alibim, von Mautstellen auf den Straßen, vom Bekleidigen der Leute, vom Stehlen, von Ausschweifungen, vom übertriebenen Sport, kurz von allem, was man aus dem Sprichwort herleiten kann, wozu Mühseligkeit aller Laster Anfang sei. Wo solches wirklich auf das Konto der kürzeren Arbeitszeit zu buchen ist, da ist es gewiß zu bedauern und entzählend zu beurteilen. Denn dafür ist die kürzere Arbeitszeit wahrhaftig nicht erlöst worden! Wäre ein solcher Mißbrauch in starkem Maße vorhanden, dann würde er in der Tat der kürzeren Arbeitszeit das Gesicht brechen müssen. Ohne Zweifel handelt es sich aber um Verhältnisse, die weniger im Achtstundentag, als in den Folgen des Krieges, wie in der Verwahrlosung unserer ganzen Volkswirtschaft mit ihrer Sinnlosigkeit und ihrem Vergnügungsstauem liegen. Diejenigen, die aus den höheren und mittleren Volksschichten durch ihr Schlemmerleben und durch ihr schlechtes Beispiel diese Suche auch auf Arbeiterschaft übertragen haben, die sollten zunächst durch das leuchtende Beispiel einer guten Sitte wieder bessere Verhältnisse heraufzuführen helfen. Jeder gerecht und höher denkende Gewerkschafter, wie auch jede vernünftig geleitete Organisation, sie bestreben sich auch mit gutem Erfolge gegen solche Uebel vorzugehen. Denn sie wissen, daß dadurch die gewerkschaftlichen Ziele nicht erreicht werden können und dem Scharfsinn, der Reaktion, nur in die Arme gearbeitet wird. Daß es sich aber nur um Ausnahmefälle handeln kann, besagt schon der knappe Wohnstand im Verhältnis zur unheimlichen Teuerung. Der Singang vom Faulenzertreiben der Arbeiter tötet zudem weniger aus Stressen der unmittelbaren Arbeitgeber, oder sonst Rindiger, als vielmehr von solchen Elementen, die zum Teil selbst nichts tun und gar zu Recht zu den notorischen Faulenzern zu zählen sind. Aber auch selbst für den Fall, daß manche berartige Kritiken wohl gemeint und zutreffend wären, so sind es eben Unlieblichkeiten, die mit in den Kauf genommen werden müssen. Ebenso sei auch übergegangen, daß sich Arbeiter durch den Achtstundentag den zweiten Arbeitgeber zugelegt haben. Deswegen auch die Auseinandersetzungen und Wirkungen, die sich aus der Frage, ob die durchgehende oder die getrennte Arbeitszeit den Vorzug haben und wie es mit den Pausen werden soll. Auch dieses sind Kleinigkeiten, die bei der Beurteilung der Gesamtfrage kaum eine Rolle spielen dürfen.

Solidarisierung.

Nachdem im ersten Teil der Abhandlung die übertragene Stellung des Bankkapitals gegenüber dem Produktionskapital geschildert wurde und der Beweis versucht wurde, daß jede Solidarisierung beim Bankkapital anzufangen habe, wird dieser Beweis fortgesetzt, indem diesmal aus der Natur der beiden Kapitalarten selbst die Verbesserungsbefähigkeit des modernen Kreditwesens abgeleitet wird.

Als unsere Volkswirtschaft noch Naturalwirtschaft war, als man noch Werte gegen Werte tauschte, z. B. Vieh und Getreide, gab man dasjenige zurück, was man empfangen hatte. Da kam mit dem eigentlichen Geld eine neue Gewohnheit auf, die heutigen Tages gewöhnlich geübt ist, nämlich über das Gelegene hinaus Zins zu nehmen. Diese werden nicht für eine begrenzte Zeit genommen, sondern für immer. Einmal geliehenes Geld hängt sich in alle Ewigkeit an die Rodschüßel des

Leihenden und läßt diesen nie wieder los. Den Teil der Arbeit, dessen Ertrag der Leihende über seine Bedürfnisse hinaus hätte sparen können, eignet sich das Leihkapital an. Meist seine Arbeit zur Beschaffung von Nahrung und Kleidung nicht aus, lähmt Krankheit seine Arbeitskraft, das Leihkapital fordert doch seinen Zins vor allem andern. Nicht selten bieten Vorlagen gerade eine willkommene Gelegenheit, um schwache Leihnehmer, z. B. Grundstücke, mit Hilfe der vererbten Rechte unter den Hammer zu bringen und sich weit unter dem Werte anzueignen.

Im Gegensatz zum Warenaustausch der Naturalwirtschaft wurde die Geldwirtschaft dadurch gefährlich, daß sich Geld in unbegrenzten Mengen ansammeln läßt, daß es handlich und haltbar ist. Dies sind an sich Vorteile; durch das arbeitlose Einkommen sind sie aber die Grundlage zur Bildung ständig steigender Kleinvermögen, die immer mehr das Wirtschaftselben und die arbeitende Menschheit mit Wohlgeheim umklammern.

In der nordischen Volkspra wird das Geld folgendermaßen gekennzeichnet:

Das erste Sterben der Menschen auf Erden, woher begann es? Als Gold sie schlügen, als Gold sie brannten in Edins Hall.
Dreimal verbrannt, erstand dreimal die böse Gulveig und lebte noch.
Wohin sie kommt, nennt sie sich Geld.
Sie hat geschändet der Götter Kunst, ist Zauberin worden und zaubert noch, eine böse Götin, die allen brennt.

Das einen eigenen Wert darstellende Wangengeld der Naturalwirtschaft hatte nur eine begrenzte Dauer und Aufspeicherungsmöglichkeit; das tote Geld, der Feigen Papler mit dem Zins bedeutet eine nie aufhörende Zahlungspflicht.

Dies läßt sich durch eine Reihe bekannter Beispiele beweisen, ebenso wie der Wesensunterschied zwischen Produktiv- und Leihkapital:

Wenn man einen Pfennig bei Erschaffung der Welt auf Zins und Zinseszins angelegt hätte, würde er heute eine Goldfügel ausmachen größer als Sonne, Erde und alle Planeten zusammen genommen, dabei aber jeden Tag in ständig beschleunigtem Maße weiter wachsen. Wenn ich zur Braunschaulichkeit eine Kurve ziehe, so steigt das Kapital durch Zins und Zinseszins zuerst majig, dann wird die Kurve immer steiler und verläuft schließlich tangential zur Unendlichkeit.

Nach dem fundamentalsten Naturgesetz ist doch aber die Summe aller Güter der Welt unveränderlich, sie kann sich nicht ins Unendliche vergrößern, es können sich nur Stoffe bzw. Kräfte in einander umwandeln.

Einen ganz anderen Charakter trägt das produktive Kapital; dieses ist im Gegensatz zum toten Geld fruchttragend, von begrenzter Dauer und Aufspeicherungsmöglichkeit, es schließt ein Risiko in sich, es erfordert ständige Arbeit, bedeutet also Arbeitszwang. Dabei ist es zweifelslos die alleinige Trägerin der ganzen Volkswirtschaft, denn sich das Geld als Hilfsmittel vernünftiger Weise unterzuordnen hätte. Was das Risiko anbelangt, so beweist die Statistik, daß von allen industriellen Unternehmern im ersten Jahr 15% eingehen, 75% 30 Jahre alt werden und nur 10% älter als 30 Jahre. Wenn wir eine Kurve des produktiven Kapitals der vorher erwähnten Kurve des Leihkapitals an die Seite stellen, so zeigt sich, wenn wir auch nur die überlebenden Unternehmungen berücksichtigen, durch die Dividende zuerst ein stärkeres Ansteigen, als bei der Zinskurve, nach einem gewissen Zeitraum bleibt dann die Dividende stehen, um schließlich wieder herab zu gehen, wenn durch neue Erfindungen und dergleichen die Anlagen veralten.

Der Arbeitszwang, der dem produktiven Kapital innewohnt, und das Wagemut bedingende Risiko sorgen dafür, daß die Böcker gerade in der Wäute ihrer Kraft produktiv tätig sind; erst mit der Aufspeicherung großer Reichtümer setzt dann immer mehr das Bestreben ein, mit dem Leihkapital zu operieren, d. h. andere für sich arbeiten zu lassen. Dies kann das Geld ohne nennenswertes Risiko und hat hierdurch und im Zins einen Vorteil vor dem produktiven Kapital voraus, den es als Hebel benutzt zur Aufrichtung einer immer weiterreichenden Herrschaft über Leihbares. Zur Erläuterung soll der Werdegang eines neu gegründeten Industrieunternehmens unter den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen dienen:

Eine Person oder Gesellschaft beschließt, ein bestehendes kleines Fabrikgeschäft für landwirtschaftliche Maschinen in einen Großbetrieb umzuwandeln. Grundlage dieses Beschlusses ist die Ansicht der Unternehmer, daß diese Artifel wenigstens in einer bestimmten Gegend auf einen glücklichen Absatz rechnen können. Nunmehr muß die Beschaffung von genügend Leihkapital folgen zu seiblichen Bedingungen. Dann kommt der Erwerb von Grundstücken an die Reihe. Hierbei muß im Auge behalten werden, daß Fabrikbauten erfahrungsgemäß die Nachbargrundstücke im Preise gewaltig in die Höhe treiben. Infolgedessen muß weitvoranschauend genügend Platz beschafft werden für Lagerplätze und spätere Ausdehnung. Anschluß an Eisenbahn und möglichst auch Wasser, ist ein weiteres Erfordernis, da die Höhe der Frachten von großer Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit ist. Bis hierher wird noch kein Pfennig verdient und die ganzen Kosten müssen durch Leihkapital aufgebracht werden. Letzteres verlangt Sicherheit und Zinsen, den Unternehmern bleibt das Risiko allein. In der Gegend müssen Arbeitskräfte beschaffbar sein.

Nun kommt der Abschluß von Verträgen mit geeigneten Firmen zur Bebauung der Grundstücke, Lieferung der Maschinen und Materialien an die Reihe. In den Verträgen muß volle Nachsicht geschaft werden, damit nicht später statt gewinnbringender Produktion langwierige Prozesse entstehen. Als weiterer wichtiger Punkt kommt die Anstellung erfahrener Ingenieure, Meister und Arbeiter dran, sowie die Beschaffung neuerer Maschinen, so erfordert deren Entwicklung zu Konkurrenzfähigen Artikeln jahrelange Bestuche. Soll später für den Weltmarkt gearbeitet werden, so muß Brauchbarkeit und Preis der Maschinen denjenigen der anderen hochentwickelten Industrietäen mindestens gewachsen sein. Also die Unternehmer haben einen schweren Kampf anzufechten vom Kapitalisten bis zum Lieferanten, der Arbeitsmaschinen und Materialien, von der Behörde, deren Konzessionen man braucht, bis zum Vertrag mit dem Arbeiter. Dieses gefährliche produktive Kapital und sein geistiger Vater, der Unternehmer, sind aber durchaus nötig, um Brot zu schaffen für die große Menge der Besitzlosen und um Gegenstände herzustellen für den Bedarf der Volkswirtschaft. Produktives Kapital und der Bauer sind der Träger der Volkswirtschaft.

Einen ganz anderen Charakter trägt das moderne Leihkapital. Dieses will möglichst jedem Risiko entgehen und benutzt das Vermögen des Unternehmers und Grundbesitzers als Sicherheit. Hierzu hat es in Hypothek, Bürgen und Wechsel nahezu unerschöpfbare Mittel. In der Regel liegt es ihm auch nicht, sich dauernd zu binden, da es bei kurzfristigen Geschäften sein Geld rascher umsetzen kann und außer Zinsen noch meistens im Jahre Provisionen saufen will. Aber auch Sanierungen geldschwach gewordener Werke und Grundstücke sind eine geduldsbringende Sache; denn es gelangt hierbei nicht selten, den bisherigen Unternehmer unter Auffaugung seines Vermögens auszuwickeln. Auf seine Kosten versucht man dann wieder das Unternehmen auf die Beine zu stellen, möglichst nach gute Dividende herauszuquetschen, hierdurch die Wertkurve zu steigern und dann die Aktien mit großem Gewinn abzustoßen. Diesem wird man eine geringe Beteiligung selbst und sich die Befugung von Aufsichtsratsstellen sichern, weil man sich hierbei eine gute Informationsquelle schaffen und durch Uebernahme der Bankgeschäfte des Wertes eine gute

Unter der roten Diktatur!

IV.

Im Abwehrkampf des Güterschändens Duisburg erschienen gestern größere Truppen der roten Garde und suchten nach Lebensmitteln. Es wurden dabei alle dort stehenden Waggon geöffnet.

Am Dienstag morgen wurden im Bahnhof Duisburg-Beed 25 Waggon Lebensmittel beschlagnahmt und von der roten Armee entleert.

In Eberhausen Hbf. wurden alle dort ankommenden Lebensmittel festgehalten, ebenfalls beschlagnahmt und verteilt.

Am Dienstag wurden dort 7 Waggon Schellfische öffentlich verkauft, das Binn 120 Mk. Jeder konnte jedoch erhalten, wie er wünschte. Ähnliches geschah mit verschiedenen Waggon Eier. Das Stück zu 1.— Mk. wurden größere Quantums von der roten Armee verkauft.

Weiter konnte dort festgestellt werden, daß Angehörige der roten Armee bei Öffnung eines Bierwaggons mit einem Handwägelchen erschienen, eine Liste anhaben und dann verschwand.

Im Bahnhof Humbern hatte man das Bahnhofsgebäude besetzt mit Maschinengewehren besetzt, doch es den Bediensteten fast unmöglich war, dort Dienste zu verrichten.

Im Bahnhof Duisburg-Hafen wurden in größeren Mengen Kartoffeln, Sporkornkörner und sonstige Sachen beschlagnahmt und verteilt. Automatisch wurden die genannten Produkte fortgeschafft. Bei einer Kontrolle eines Eisenbahnwaggons wurde festgestellt, daß ganz in der Nähe des Waggons ein Tisch und ein Mann standen und einen Sad Kartoffeln und einen Sad Seife bei sich führten. Die Aufsicht dieser Ladungen hatte ein Soldat der roten Armee.

Im Bahnhof Ruhrort-Hafen-Alt und -Neu sowie in Weidenhagen eine förmliche Plünder- und Plündererei statt. Verschiedene Waggon Cornedbee wurden in diesen Tagen verteilt und beauftragt.

Aus eigenen Beobachtungen und Berichten von Kollegen sind anderen einmündigen Zeugen konnte diese Liste noch bedeutend erweitert werden, doch dürfte diese Auswahl bereits genügen. Ueber gerüchliche und z. T. auch aus glaubwürdigen Quellen verbreitete Berichte über Gräueltaten brutalster und schmerzhaftester Art, über das „Rütteln“ Treiben der Rotgardisten und „rote Kreuz-Schwärmer“ sei aus ähnlichen Gründen der Mantel des Schweigens gebietet.

Es möge genügen, darauf hinzuweisen, daß auch hier, wie stets in der Geschichte der Revolutionen, gewisse gewöhnliche Elemente von rachsüchtigen, und diese wieder von immer radikaleren verdrängt wurden, bis schließlich sogar bekannte Kommunistenführer das Feld rachsüchtigen und die öffentlichen Gewalt nur noch in den Händen

eines Gefindel ruhte, welches mit irgend welcher politischen Meen so gut wie gar nichts mehr zu tun hatte. Die Führer der S. R. D. und selbst der L. S. R., die doch am Entstehen der revolutionären Bewegung durchaus nicht unbeschuldig sind und im Anfang selbst mit in der „Regierung“ saßen, mußten schließlich erfahren, wozu es führt, wenn man Geister ruft, die man nachher schlecht wieder los wird. Sie waren ihrer Freiheit und ihres Lebens in der Stadt nicht mehr sicher und wählten sich unter den Säug der belgischen Panzerautomobile nach Ruhrort flüchten, von wo aus auch sie dann telegraphisch die Regierung um Entsendung von Reichswehrtruppen ersuchten, die sie vor dem noch in geschwänd hatten. Sie mußten sich, vor allem die Duisburger L. S. R.-Leute, nun dafür von ihren Genossen, die brauchen im Lande weit es vom Schuß sahen, und denen sie das Konzept verdorben haben, allerhand „Schmeicheleien“ sagen lassen, werden aber im Innersten ihres Herzens davon überzeugt sein, daß es all diesen Leuten, die mit 90 Grad Mundstellung revolutionäre Phrasen ausbrachten gebedenfalls auch nicht anders machen werden, wenn ihnen die Revolution einmal über den Hals kommt. „Du bist townards le rationnelle de qu'on am.“ „Man ist immer irgend jemandes Reaktionsär.“ Dieses Wort eines französischen Staatsmannes hat auch heute noch Geltung und die Duisburger L. S. R.-Leute haben es erfahren. Und die Crispian, Däumig, Fraß usw. haben auch noch nicht aller Tage Abend. Eine revolutionäre Bewegung, mag sie noch so zierlicher und gemäßigt im Anfangsstadium sein, muß schließlich Geschäfte und Erfahrung zeigen es deutlich, in einer Revoluzzerzeit auszulassen, die denen zunächst an den Krügen geht, welche die Bewegung entfacht haben. Dann kommt es so weit wie es mit den Duisburger Unzufriedenen und Wehrheitsgruppen gekommen ist. Die in einem gemeinam herausgegebenen Flugblatt ließ über die Duisburger Diktatoren in Ausbrüden erkennen wie: „Die Gewalt herrscht dieser Anordnungen ist geradezu unerträglich geworden.“ Bürger und Arbeiter haben unter der gleichen Brutalität einer zusammengekauften Verbredr- und Zuhälterbande zu leiden.“ In diesem Tone geht es weiter von „banitenartigen Beschlagnahmen, die jede räuberische Expropiation überließen“, „unbeträchtliche Waffengewalt“ hält die Arbeiterschaft von der Arbeit zurück, was „nach dem Schlagworterlexikon Sach-Wiß mit Generalstreik bezeichnet wird“, „organisierte Verbredr-Verbre“, „Einbürgerungskontrolle“, politische Wirrtöpfe mit ihrem Geinbel“, „Gegenzugwähren“, „erprehter Generalstreik“, „bewaffnete Saboten“

Diese Blütenlese dürfte genügen abzudecken, was in Duisburg aus der „herrlichen“ Diktatur des Proletariats geworden war.

Als in den letzten Tagen der Woche auch die Presse die Arbeit einstellte, und unser „Bolschewiken“ von der Außenwelt gänzlich abgeschnitten war, wurde es doch allmählich etwas unheimlich. Die wilden Gerüchte irrten umher. Denn hier es Wesel sei in die Hände der „Roten Armee“ gefallen, dann wieder hatte die Reichswehr zum Angriff angeht und stand vor den Toren der Stadt, dann sprachen „Wißende“ von einem Sturm auf das Rathaus, der nächlichst unternommen werden würde, dann sollen wieder auf Schleichwegen Truppen in die Stadt geführt worden

sein, dann hatten die Belgier ein Ultimatum gestellt usw. usw. alles immer aus trübseliger Quelle. Eines Licht in dies Dunkel brachten nun die Flugblätter des Wehrkreiskommandos, die von Zeit zu Zeit von Fliegern abgeworfen wurden, und das halbsie Einreisen der Truppen ankündigten. Da nun über die Ereignisse zwischen den Unzufriedenen und ihren Berliner L. S. und Gewerkschaftskommunisten-Protokollern keine Nachrichten mehr zugehen, blieb uns das Phären der Reichswehr unerklärlich. Panfaktia griff in der Bevölkerung bereits die Ueberzeugung um sich, daß die Regierungstruppen nicht mehr stark genug sein würden, der Aufrührer Herr zu werden.

Und endlich, am Karfreitag, kam der Tag der Befreiung. Schon abends vorher und am frühen Morgen sah man auffallend viele fremde Gesalten in der Stadt, von denen man fast hätte schwören mögen, daß sie noch kurz vorher die rote Binde getragen hätten. Man merkte, wie zusehends einer nach dem andern sich aus dem Staube machte, und sich durch Abnahme der roten Binde in einer friedlichen Einwohner verwandelte.

Trotzdem war die Zahl der unentwegten Kämpfer, die den Truppen bis zum letzten Augenblick verweigerten Widerstand entgegensetzten, noch recht beträchtlich. Nicht nur mit Maschinengewehr- und Minenfeuer, sondern hier und da sogar mit leichter Geschützen mußte in der Stadt eingegriffen werden, wodurch erneuerliche Schäden auch an Wohnhäusern angerichtet wurde.

Ein freudiges Aufatmen ging durch die Stadt, als endlich die rote Herrschaft gegen Abend vollständig erledigt war. Selbst das Organ der sozialdemokratischen Partei, das nun seinen ganzen „Geinmut“ wieder zurückwand, konnte seine Freude über die durch das Militär wiederhergestellte Ordnung und Freiheit nicht zurückhalten und mußte selbst der Reichswehr für ihr maßvolles und humanes Auftreten volle Anerkennung zollen, beiseits Reichswehr, die es 14 Tage vorher noch beschimpft hatte. Und aus der bebrüteten Erinnerung an die rote Gewalt herrschaft brangte sich selbst in die Spalten dieses sozialdemokratischen Blattes der offenbar in tiefer Not geborene Ruf nach dem „Geist des Nazareners“.

Die christliche Arbeiterschaft hatte die rote Gewalt herrschaft nicht nötig, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Nur auf dem Wege ruhiger, systematischer Entwicklung, nur mit einer Durchdringung unseres gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens mit den Grundbitten des Christentums können wir aus dem gegenwärtigen Stand herauskommen. Die Vorkommnisse im Ruhrgebiet haben erneut gezeigt, daß gewalttätige Operationen uns nur tiefer ins Elend hineinlürzen, und dem Abgrund nur noch näher bringen. Wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft wird unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehend, die Interessen der Arbeiterschaft vertretend, die Verdrängung und die Arbeiterkraft und das gesamte Volk einer besseren Zukunft entgegenführen. Wir waren und sind auf dem rechten Wege und das wird allen unseren Kollegen ein neuer Ansporn sein, raschlos an der Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten.

Milchzucht besorgen kann. Die im Anfang des Krieges gutgedachten und zunächst günstig verlaufenen Sozialversicherungen der Kriegsgesellschaften haben fast ausnahmslos wieder verkauft dem Finanzkapital neue Geschäfte, Möglichkeiten eröffnet. Auch die durchaus sozialgedachte Einrichtung des Aufsichtsrats in der Aktiengesetzgebung hat bald einen umgekehrten Charakter angenommen und dient heute dem Verschlingen. Seine Hauptmacher vereinigen oft 50 Aufsichtsratsstellen verschiedener Werke in einer Hand. Da daraus ersichtlichen Möglichkeiten kann sich nach dem Gesagten jeder leicht selbst ausmalen. Wir stoßen hier wiederum auf die Notwendigkeit, eine soziale Reform des Wirtschaftslebens an der Quelle des Kredits, also bei dem Verschlingen zu beginnen.

Es sei gern zugegeben, daß der einzelne Kaufmann sich über das Unsoziale bestimmter Geschäfte nicht klar ist und nicht als Einzelner gegen den Strom schwimmen kann.

Es ist selbstverständlich, daß die moderne Kreditwirtschaft auch ihre Unwälsche gefunden hat. Uns Gründern der Gerechtigkeit sollen daher im nachstehenden auch die wichtigsten volkswirtschaftlichen Begründungen für die Verechtigung des Zinsnehmens angeführt werden:

Es geben zunächst zu, daß die Verechtigung des Kapitalzinses durch die katholische Kirche im Mittelalter (Thomas von Aquin) richtig war, daß für damalige Verhältnisse Geld kein Geld erzeugen konnte und das Zinsnehmen ein Mißbrauch des Reichtums gegen den Armen war. Aber, so sagen sie, damals wurde Geld geliehen zum Verbrauch (Konsumptionskredit), heute dient in der Regel der Kredit zum Produktionszweck (Produktionskredit), hierdurch wird das Geld fruchtbar. Es stehen sich nicht mehr Arm und Reich gegenüber, sondern Unternehmer und Rentner.

Hierzu ist folgendes zu sagen:

Nicht nur die katholische Kirche verbietet Zinsen zu nehmen, sondern daselbe lehrten schon aufgeklärte Geister wie Aristoteles, Cicero und viele andere.

Ferner trägt nicht das Geld Früchte, sondern der Geist des Unternehmers ist das Entscheidende und wandelt es in produktives Kapital um. Seine technischen und wirtschaftlichen Erfahrungen im Verein mit klugem Wagemut schaffen Brot für viele Wesen.

Der zinsnehmende Rentner leistet praktisch genommen sehr wenig Arbeit und trägt sehr wenig Risiko. Mit Hilfe des Zinses steigt trotzdem, wie vorher bemerkt, sein Kapital ständig, ja, er wird in zunehmendem Maße Beherrscher des Produktionskapitals und aller mit diesem tätigen Menschen.

Eine gewisse geringe Entschädigung für das Finanzkapital darf nicht in der Form des Zinses Tribut für alle Ewigkeit fordern; ebensowenig ist eine Prämie für Gutsabschneidengeschäfte zu berechnen, wo man durch Kreditgewährung an wirtschaftlich dem Tode verfallene Erbtöchter von einem Risiko redet und entsprechend hohe Zinsen nimmt.

Gesund ist es dagegen, daß der Kapitalist sich Kenntnisse erwirbt und diese durch tätige Mitarbeit an produktiven, d. h. werkschaffenden Unternehmungen zum Besten der Allgemeinheit anwendet. Auf diese Art wird er zum Unternehmer, sein Geld befruchtet die Wirtschaft, er trägt ein Risiko und dafür gebührt ihm über den Arbeitslohn hinaus ein entsprechender Unternehmergewinn.

Die Auffassung, daß nicht Arm und Reich, sondern Rentner und Unternehmer einander gegenüberstehen, ist ein Trugschluß; denn der Unternehmer ist nur erster Arbeiter, und Führer zahlreicher anderer Arbeiter, die mehr oder weniger heillos sind. Sie brauchen Kredit für ihren Lebensunterhalt; diesen vermittelt ihnen der Unternehmer unter Haftung mit seinen geistigen Fähigkeiten und seinem Privatvermögen, das immer nur einen Bruchteil der ganzen Anlagewerte ausmacht.

Sind die Kreditbedingungen zu drückend, dann wägen sie sich auf die Menge ab in Form von Lohnrückzahlungen für den Arbeiter und Verteuerung aller Bedarfsgegenstände für den Verbraucher.

Also je beherrschender die Stellung des Kreditgebers wird, um so schlechter wird die soziale Lage. Die Zinsereifen der Volkswirtschaft und das Privatinteresse des Verschlingens beginnen von einem bestimmten Punkte ab sich schroff gegenüberzustellen.

Ein weiterer Einwand zur Verteidigung des Kapitalzinses, der zum Teil schon im vorhergehenden seine Widerlegung gefunden hat, lautet dahin, daß die Gewährung von Kapital die Leistungsfähigkeit eines Unternehmers hebt. Diese Worte muß man dahin ergänzen, daß diese Leistungsfähigkeit um so größer wird, je günstiger die Bedingungen der Kreditgewährung sind; denn das ist ja gerade der ganze Angelpunkt der Frage. Es darf nicht dazu kommen, daß das tote Geld den menschlichen Geist in Fesseln schlägt und zum modernen Sklaven macht; denn dies wirkt auf Geist und Gemüt genau so lähmend ein, wie eine Gleichmächerei durch eine Diktatur von unten.

Ein weiterer Beweis der Verteidiger des Zinses lautet:

Das Geld hat „Kaufkraft“; wenn ich es verleihe, muß ich Ersatz für die entgangene Kaufkraft erhalten. Das ist ebenfalls ein Trugschluß; denn jeder Kauf erfordert Geist, Sachverständigkeit, Arbeit und Risiko. Es kommt nicht selten vor, daß man durch den Kauf nicht gewinnt, sondern verliert; man kauft sich wie der Volksmund sagt. Uebrigens billigt jeder Normalmensche auch dem Geldverleiher einen Lohn zu, der aber in einem angemessenen Verhältnis zu einer etwaigen kaufmännischen Tätigkeit stehen muß. Der Zins und seine Praxis regeln sich aber nach Angebot und Nachfrage und dem Grade der Wechselbarkeit des Leihens. Nun noch einen praktischen Einwand:

Es könnte einer sagen, ja, unsere Kriegsanleihen sind doch auch Finanzkapital, sie gewähren 5 Prozent Zinsen und die meisten Banken haben dieselben an Sparkassen, an das Volk und viele sonstige gemeinnützige Anstalten abgegeben. Ein Zusammenbruch derselben würde unser ganzes Wirtschaftsleben in Frage stellen. Das ist vollkommen richtig. Aber würde nicht jeder Kriegsanleihebhaber heute froh sein, wenn er seine Kriegsanleihe als Betriebskapital wieder flüssig machen könnte und statt der 79 Prozent, die die Börse zahlt, heute wieder seine aufgebenbeten 98 Prozent bekommen könnte? Eine Reform des Kredits darf unter keinen Umständen das Privatkapital antasten, wem es auch gehört. Es ist ja eins der vor-

nehmsten Ziele einer gesunden Volkswirtschaft, durch Beschaffung ausreichenden Privatvermögens auch für den Kleinsten die stärkste wirtschaftliche Abhängigkeit zu mildern und das Bemühen für kulturelle Werte empfänglich zu machen. Der Kampf sollen nur die Auswütsche werden, die in dem Zinsproblem ihren Angelpunkt haben. Die bürgerlichen Verschlingungen bilden die Grundlage für die eigentliche Solidarisierung. (Fortsetzung folgt.)

Massengräber.

Es hatte sich in Deutschland, infolge der geschickten Agitationsarbeit der russischen Volkswirtschaften und ihrer reichlich mit russischem Geld gespeisten Nachläufer die Meinung herausgebildet, als sei Rußland und das russische Wirtschaftsleben wieder so langsam auf dem Wege der Besserung. Jetzt aber, wo die Phlegma nachlassen und die Volkswirtschaft infolge der fürchterlichen Elends, das sie über Rußland brachen, anfangen langsam zu werden, enthüllen sich geradezu schreckenerregende Verhältnisse. Die Prinzipienreiter in Rußland glaubten, einen kommunistischen Staat aufzulegen zu können, aber sie müssen jetzt wie Krassin es tat — befehlen, daß die Wirklichkeit stärker ist, wie alle kommunistischen Ideen. Rußland, das unter der Raute der Kosaken saßte, schreit unter dem Hakenkreuz der „Ullersdenkschriften“, das mit den raffiniertesten Mitteln arbeitenden Spezialinstituten des beschleunigten Aufstiegs. Wie es in Rußland wirklich aussieht, das zeigt wiederum die Zeitschrift „Russische Korrespondenz“ in ihrem Märzheft. Die Zeitschrift kam als unbedingt zuverlässig gelten, da sie offenbar vom bolschewistischen volkswirtschaftlichen Kommissariat selbst herausgegeben wird, und die ersten Köpfe, wie Lenin, Zehki, Zichliserin, Kadez, Krassin u. a. zu ihren Mitarbeitern gehören. Ende Januar tagte in Moskau der allrussische Kongress der volkswirtschaftlichen Räte. Aus dem eingehenden Referat des Vorsitzenden des obersten Rates der Volkswirtschaft, Rykow, sei folgendes wiedergegeben:

Die Folgen des Bürgerkrieges in bezug auf die Ausplünderung der Volkswirtschaft, die Vergewaltigung von materiellen und lebendigen Kräften waren viel schwerer als die Folgen des imperialistischen Krieges, denn der Bürgerkrieg hatte den größten Teil von Rußland erfaßt; er bedeutet nicht nur einen Zusammenstoß zwischen materiellen Kräften, sondern Vernichtung, Feuer, Explosion, Verödung ungeheurer Bereiche und Anlagen der Republik. Dies alles hatte eine nie dagewesene Vergewaltigung der lebendigen und materiellen Kräfte der Republik zur Folge. Die Krise läßt keinen Endes auf eine Krise des Transportwesens, der Brennstoffversorgung und der lebendigen Arbeitskraft hinaus. In einzelnen:

Transportwesen: Gegenwärtig zählt man auf je 100 Lokomotiven höchstens 40 betriebfähige. Die Zahl der in Rußland vorhandenen von reparaturbedürftigen Lokomotiven sinkt rapid. Die Zahl der wieder betriebsfähig gemachten Lokomotiven beläuft sich jetzt auf 2 v. H. Von Monat zu Monat verringert sich bei uns die absolute Zahl der Lokomotiven um 200. Um 3 v. H. Turkestaner Baumwolle nach den Moskauer Textilfabriken zu schaffen, müssen monatlich bis zu 60 000 Kub überführt werden. Uns stehen zurzeit aber nur zwei Blöcke monatlich zur Verfügung, d. h. es würden Fahrzeuge zerbrechen, wönnen wir unter den jetzigen Verhältnissen von Turkestan die dort vorhandenen acht Millionen Kub Baumwolle überführen, die wir zwar vielleicht zu verarbeiten, aber nicht nach den Fabriken zu schaffen vermögen. — Wir haben ein neues Gebiet mit metallurgischer Industrie — den Ural — in Besitz genommen, aber bisher stand uns nur ein einziger Erzeuger im Monat zur Verfügung, um die Uralkmetalle nach Zentralrußland zu schaffen. Die Überführung unter diesen Verhältnissen würde gleichfalls Jahrzehnte erfordern, selbst wenn man nur die geringsten am Ural vorhandenen Metallvorräte ausnützen wollte. — Auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung macht der weitaus größte Teil unserer Industrie gleichfalls eine schmerzliche Krise durch. Abgesehen von denjenigen Stoffen, die wir wegen der Transportchwierigkeiten nicht heranschaffen können, macht Rußland auch in solchen Rohstoffen, die im Rußland selbst, in Zentralrußland, vorkommen, wie Glas, Wolle, Hanf, Leder, eine schwere Krise durch. Die Glasfabrikation ist nach den neuesten Angaben gegen früher um mindestens 30 v. H. zurückgegangen. Für dieses Jahr rechneten wir mit einem besseren Ertrag als 1918 und 1919; aber schon die ersten Wintermonate offenbarten einen starken Rückgang. Was das Erder anbelangt, so verzögern sich die der Regierung zur Verfügung stehenden Mengen mit jedem Monat.

Es ist der größte Fehler, anzunehmen, daß die Verechtigung der Wirtschade oder der Milchzucht das Frieden unsere Rohstoffpreise in irgendeiner Hinsicht mildern könnten. Im Gegenteil, die Aufhebung der Wirtschade und der Friedenskrieg müßten falls es dazu kommen sollte, einen erhöhten Bedarf an Rohstoffen bedeuten, da dies das einzige Produkt ist, mit dem Rußland Europa zu versorgen vermag, um mit ihm in Warenaustausch zu treten.

Die Brennstoffkrise: Es ist uns bisher nicht gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Das Mindestprogramm für die Versorgung der wichtigsten Betriebe von Moskau mit Brennstoffen haben wir wegen des Mangels an Transportmitteln nicht zur Ausführung bringen können. Während Rußland sich mit Brennstoff ein wenig aufzurichten vermag, steht es schlimm um die Kohlen, namentlich um die Raupaberschaffung. Sogar das Kohlengebiet, das immer im Bereich unserer Macht lag, dasjenige unterhalb Moskaus, hat uns nicht nur nicht das gegeben, was es uns für die Versorgung Rußlands mit Heizstoffen zu geben verpflichtet war, sondern die Ausbeute blieb auf der gleichen niedrigen Stufe wie im Vorjahr; sie erreichte nicht einmal 30 Millionen Kub. (Das ist gleich 480 000 Tonnen!) Unter dem Paroxysmus haben es die Beamten des Raten während des imperialistischen Krieges verstanden, die Kohlengewinnung im Kohlenrevier bei Moskau erheblich zu steigern. Wenn es dem Raten und seinen Beamten gelang, die Ausbeute im Interesse eines kleinen Kreises von Adligen und Kapitalisten so zu steigern, so muß die Arbeiter- und Bauernregierung mit Hilfe der Arbeiterpflicht und eines staatlichen Zwanges im Interesse aller Arbeiter und Bauern Rußlands das Moskauer Kohlenrevier auf die Höhe stellen um die Ausbeute um das Doppelte und Dreifache zu steigern.

Die Lage der Industrie: Zurzeit kann man sagen, daß nahezu die gesamte Industrie in die Hände des Staates und der Räteorgane übergegangen, und daß die Industrie

privater Eigentümer und Fabrikanten vernichtet ist. Von diesen Unternehmungen ist höchstens die Hälfte in Betrieb. Alle übrigen sind geschlossen und stehen still. Ständig haben wir mit dem Mangel an qualifizierten Arbeitern zu kämpfen. Wegen 20 bis 30 Arbeitern, die wir nicht finden konnten, haben wir mitunter die größten Schwierigkeiten. Wir fahndeten nach ihnen auf der Arbeitssuche, bei den Gewerkschaftsverbänden, bei den Truppen und in den Dörfern. Manche mit Brennstoffen und Rohstoffen versorgte Unternehmungen können wir wegen des Mangels an geeigneten Arbeitskräften nicht in Betrieb erhalten. Diese Verhältnisse haben dazu geführt, daß die Räteorgane nicht einmal jene Maschinen, die zu ihrer Verfügung standen, hat anzuhören können. Die nationalisierteren Unternehmungen sind die größten von allen; und von diesen sind rund 700 stillgelegt. — An Rohstoffen in der metallurgischen Industrie haben wir weniger als ein Viertel dessen aufzuweisen, was zur Aufrechterhaltung unserer Industrie absolut notwendig ist. Und auch das nur, nachdem jetzt die Urabtriebe hinzugekommen sind, die uns eine gewisse Grundlage bieten. Bisher waren im Rußland alle Hochöfen ausgeblieben, nicht ein einziges Kub Metall wurde erzeugt, und wir lebten ausschließlich von den Vorräten, die wir in den Niederlagen, Fabellen und Werten vorfanden. — Die Textilindustrie, die vollständig nationalisiert ist, war wegen Mangels an Rohstoffen zu felsen gezwungen. Die Erzeugnisse dieser Industrie im Jahre 1919 ergaben nur 10 v. H. der normalen Leistung. Von den insgesamt sieben Millionen Spinnspinn waren nur 7 v. H. in Betrieb; von den 164 000 Maschinen nur 11 v. H.

Die Gesamtlage: Die Zahl von höchstens 30 v. H. der normalen Leistung gilt für alle wichtigen Industriezweige. In bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen und in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion lebt Rußland nur mit einem Drittel dessen, was ihm selber zur Verfügung stand. Das kann das sein, das andere Jahr so gehen. In diesem Zeitraum konnten wir von den alten Vorräten zehren, von dem Leben, was uns von der früheren Epoche der russischen Geschichte zurückgelassen worden war. Diese Vorräte gehen jedoch zu Ende, und wir nähern uns täglich und stündlich einer vollständigen Krise.

Nach Rykow sprach Trotski, der bekanntlich das Kriegs-Kommissariat abgegeben hat, um seine hervorragenden Fähigkeiten in den Dienst des Transportwesens zu stellen. Seine Rede gipfelte in der Feststellung: „Unsere Lage ist so, als hätte man einem großen Gebäude das Fundament genommen. Unser Gebäude ist von oben bis unten erschüttert worden, und ein Teil ist zusammengebrochen. Man muß sich nur wundern, daß 20 bis 30 v. H. noch am Leben geblieben sind.“

So sieht es in Wirklichkeit in Rußland aus, das ein ungeheures Massengrab geworden ist. Die gleichen Zustände aber müßten die U. S. Herren auch in Deutschland herbeiwünschen und besonders die U. S. Metallarbeiterzeitung kann sich nicht genug tun im Loben der russischen Verhältnisse, so sie empfiehlt sogar, wir möchten uns an Rußland ein Beispiel nehmen; die denkenden Arbeiter aber bedanken sich bestens für die „russische Wirtschaft“, die uns wohl in der Abgründ, aber niemals zur Höhe führen kann.

Streiflichter.

„Der Hammer“

Unsere Metallarbeiterjugend hat mit dem 1. Mai ihre Zeitschrift erhalten. Oben am Kopf der Zeitung steht breit und deutlich der Name, der als Symbol der Arbeit des werktätigen Volkes gilt, „Der Hammer“. Mit dem Erscheinen dieser Zeitschrift, deren Schriftleiter unter Jugendsekretär Kollege Meyer ist, konnte endlich einem lang gehegten berechtigten Wunsch unserer jugendlichen Richtung getragen werden. Ueberall, wohin man kam und wo sich ein jugendlicher in der Verflämung zum Wort meldete, lang es stets durch: Wir möchten eine eigene Zeitung haben, die unsern Geist und unser Einarbeiten in die Gewerkschaftsbewegung lenken und dirigieren soll. Diese Wünsche waren schon vor dem Kriege laut geworden, die Vorbereitungen waren getroffen, alle Anstalten zur Herausgabe gemacht, da brach der Weltkrieg aus und schon auch die Herausgabe der Jugendzeitschrift hinaus. Nachdem sich aber jetzt im gewerkschaftlichen Leben die Verhältnisse wieder einigermaßen geklärt hatten, wurde zur Herausgabe der vorliegenden Jugendzeitschrift gelehrt.

Was lie den Jugendlichen sein will? Der Artikel „Zum Geleit“ gibt die Antwort:

Geistig: Waffen wollen wir mit Hilfe dieses Hammers schmieden. Waffen für die Gegenwart, die uns befähigen, gegen die anstürmenden Feinde von rechts und links uns zu wehren. Für die heranreifende Generation innerhalb der werktätigen Bevölkerung, die durch Kriegsgeschick und Revolutionswürden nur zu aufnahmefähig geworden ist für ideinharen Glauben und falsche Ideale, will „Der Hammer“ Waffen schmieden für edle, am christlichen Geiste getragene Volkskultur.

Waffen will „Der Hammer“ aber auch schmieden für euer materielles Fortkommen. Fragen der Berufsberatung und Bildung, sowie der Entlohnung sollen in der neuen Jugendzeitschrift Raum finden.

Besonders die Frage der Lehrlingsausbildung soll in der neuen Zeitschrift einen breiten Raum finden. Hier können wir Gelegenheit nehmen, all die schwebenden Fragen, die da sind: Fortbildungszustände, Lehrwerkstätte, Lehrlingslohn usw. zu besprechen. Aber nicht nur ein Blatt über die Jugend soll die Zeitschrift sein, sondern auch ein Blatt für die Jugend.

Für selbst soll daran mitarbeiten. Auf der letzten Seite des Blattes werden wir in der Zukunft all die kleinen und großen Schmerzen der einzelnen Berufe besprechen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der erste Schritt nicht mit der Schriftleitung und aus euren Berufen müllet, was an Mängeln und Mißständen vorhanden ist, nur dann wird unsere Organisation in der Lage sein, Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen.

Zusammen mit dem Verbandsorgan wird „Der Hammer“ bemüht sein, aus unseren jugendlichen eine Elitegruppe des fortschrittlichen Metallarbeiterverbandes zu bilden, die allen Schritten der Zeit loht und die unentwegt die Ideale unserer schrittlichen nationalen Arbeiterbewegung hochhält. Hammer, glückselig zur Fahrt! —

Kolleg Volksterrat.

Durch das Saargebiet geht in diesen Tagen eine hochgradige Erregung. Von verschiedenen Seiten, vor allem von der Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes wird mit allen möglichen Mitteln versucht, die Frankenvährung einzuführen. In verschiedenen Tageszeitungen liest man bereits, daß Bestrebungen im Gange sind, die Angelegenheit durch eine Volksabstimmung zu regeln. Die Dinge liegen nun so, daß

Die Einführung der Frankfurter, ganz abgesehen von der nationalen Bedeutung, die diese Frage hat, für welche Kreise der Bevölkerung, vor allem für diejenigen, die an der Metallindustrie interessiert sind, also auch die Metallarbeiter, ist im Gegensatz zum Bergbau in der Hauptsache auf die deutschen Absatzgebiete angewiesen. Die Einführung der Frankfurter würde für die Konkurrenz auf den deutschen Märkten bei dem derzeitigen Zustand nicht unendlich machen und sie unweigerlich dem Ruin entgegenführen. Die Förderung der Einführung der Frankfurter würde aber auch den Frankfurter belebenden Industrien einen dauernden Vorteil kaum verschaffen, denn alle Maschinen werden darauf hin, daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, wo der Frankfurter dem Marktzug zum mindesten sehr nahe, wenn nicht vollständig gleichkommen wird. Seit einiger Zeit zeigt die Markt eine ständige Steigerung, der Frankfurter dagegen eine ständige sinkende Tendenz. Ob es um eines doch nur vorübergehenden Vorteils willen verantwortet werden kann, einen wesentlichen Faktor der Saarindustrie, vor allem die Metallindustrie, der Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs auszusetzen, sollte doch wohl mehr wie zweifelhaft sein. Etwas mehr Solidarität der verschiedenen Berufsgruppen ist, wie überall, so vor allem doch unter den schwierigen Verhältnissen im Saargebiet in allererster Linie am Platze.

Einen geradezu entsetzlichen moralischen Tiefstand zeigt aber die Situation für die Frankfurter, die in nächster Zukunft, vom sozialdemokratischen Vorkamerlerverband, Bezirk Saarrevier, einverleibt eingeleitet werden wird, die wir dem „Saar-Kurier“ entnehmen:

„30. März 1920.

An die Regierungskommission des Saarlandes
 S. Hb. des Herrn Präsidenten B. Rauff, Staatsrat
 Saarbrücken.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Verstehere bedauerliche Begebenheiten der letzten Zeit drängen uns, Ihnen, geehrter Herr Präsident, folgendes zu unterbreiten:

Einige Saarbauernvereine in Saarbrücken wurden unter Verschönerung und für sich berechneter Korruption zu unangenehmster Stimmungsmache benutzt, die nicht dazu beitragen kann, die beiden Völker zu veröhnen. Das weiß uns der Inhalt dieser Versammlungen, die unter Leitung des Viehes „Deutschland, Deutschland über alles“ endeten das auch die Sprache enthält: „Von der Maas bis an die Rhenel, von der Eifel bis an den Riffel“. Durch dieses Lied wurde der imperialistische panamerikanische Geist in die Massen hineingetragen, die unter den Augen dieses Viehes an die Maas gingen, um ein friedliches Volk vierzehnhundert Jahre lang zu machen.

Unser Verband, in dem 35 000 Saarbeiter organisiert sind, erklärt, daß er mit solchem panamerikanischen Treiben nichts zu tun hat. Unsere Mitglieder fühlen sich nicht solidarisch mit den Hintermännern der Hohenzollern, die uns betrogen und mit ganz Europa dem Ruin entgegenführten.

Wir wollen dazu beitragen, daß der größte Schicksal, der die Völker erweist und das Prinzip der gegenseitigen Hilfe Einzug hält, das die Völker verbindet. Dadurch dienen wir auch dem arbeitenden Volk an der Saar, für dessen Mitbestimmungsrecht in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wir eintreten.

So gehen wir auch in der Währungsfrage die Wege, die wir für richtig halten. Wir fordern ein Geld, welches Kaufkraft besitzt, damit die Arbeiterkraft aus dem Elend herauskommt. Unsere Vertrauensmänner haben einstimmig beschlossen, die Frankfurter zu fordern.

Wir bitten endlich, nicht zu glauben, daß die Panamerikaner die Arbeiterkraft seien und so laut schreien, auch die Massen hinter sich haben.

Es zeichnet mit der größten Hochachtung!

Deutscher Bergarbeiterverband, Bezirk Saarrevier.
 J. M. ges. Veder.

Man darf wohl hoffen, daß nunmehr alle ausländischen Arbeiter des Saarreviers recht deutlich von diesem Treiben abweichen und sich auf dem Boden der Solidarität aufstellen. Die erste wichtige Tatsache, daß der Gewerkschaften der Bergarbeiter sich mit Entschiedenheit gegen diese unbedenklichen und vorkriegsähnlichen Bestrebungen ausgesprochen hat, verdient besonders hervorgehoben und anerkannt zu werden.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Mai der 20. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 9.—15. Mai.

✳

Die Abrechnung für das erste Quartal 1920 ist, soweit noch nicht gesehen, sofort mit den notwendigen Belegen an die Hauptverwaltung einzusenden.

✳

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Barmer: 1. Klasse 3,50 M., 2. Klasse 3,00 M., 3. Klasse 1,50 M., Lehrlingsklasse 0,75 M. pro Woche.

✳

Dillingen (Saar): 1. Klasse 4,00 M., 2. Klasse 3,00 M., Jugendklasse 14- und 15-jährige 1,00 M., Jugendklasse 16- und 17-jährige 1,50 M., Lehrlinge 0,50 M., Weibliche über 18 Jahre 1,50 M., Weibliche unter 18 Jahre 1,00 M.

✳

Riel ab 19. Woche: 1. Klasse 3,00 M., 2. Klasse 2,50 M., 3. Klasse 1,50 M., Lehrlinge 0,50 M.

✳

Rünberg ab 1. Mai: 1. Klasse 3,50 M., 2. Klasse 3,00 M., 3. Klasse 2,00 M., Weibliche und jugendliche Mitglieder unter 16 Jahren sowie Lehrlinge im 3. Jahre 1,00 M., Lehrlinge im 1. und 2. Jahre 50 Pf. Beitrag.

✳

Weidenburg: 1. Klasse 3,00 M., 2. Klasse 2,60 M., halbe Beitragsklasse 1,50 M., Jugendklasse 50 Pf.

Aus dem Verbandsgebiet

Stettin. Wie neugeborene Betriebsräte ihre Machtbefugnisse mißbrauchen, zeigt eine Einladung des Betriebsrates vom technischen Betrieb des Norddeutschen Lloyd, die dieser jüngst in folgendem Sinn ergehen ließ:

Bekanntmachung.

Freitag, Mittwoch, den 14. April, findet gleich nach Feierabend um 2,30 Uhr eine Werftarbeiterversammlung im Volksgarten statt.

Tagesordnung:

Bericht über die 2. Verhandlungen in Hamburg.
 Zutritt haben nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter.
 Betriebsrat Nordd. Lloyd.
 Vorstand des Betriebes Norddeutscher Lloyd.
 G. m. b. H.

Nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind wir der Meinung, daß der Betriebsrat wohl für die Gesamtarbeiterkraft da ist und nicht für eine bestimmte Gewerkschaftsrichtung, wie das in obiger Einladung zum Ausdruck kommt. Die Einladung selbst aber ist nicht ganz ohne Reiz. Es handelt sich demnach gar nicht um eine Betriebsangelegenheit, sondern nur um eine sozialdemokratische Gewerkschaftsversammlung, an der nur Mitglieder teilnehmen dürfen. Nichtsdestoweniger wird die Einladung auf Kosten des Unternehmens hergestellt. Ist die Ortsgruppe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Bremerhaven finanziell pleite oder die Gewerkschaft des Lloyd zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften so groß, um Schreibmaschine, Papier und die Zeit so großmächtig zur Verfügung zu stellen, um diese zu entlasten?

✳

Metzler. Was die freien Gewerkschaften und besonders die sozialdemokratische Metallarbeitervereine von der Sozialistenfreiheit und der Gleichberechtigung der Arbeiter halten, mühen sich in der hiesigen Gegend die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes in der letzten Zeit erfahren. Seit unter Verband hier die Bewachungsstelle errichtet hat, versucht man, gegen ihn Sturm zu laufen und unsere Mitglieder durch Terror zum Austritt zu zwingen. Zunächst verhielt man sich in Ehrfurcht, während unsere Mitglieder durch Drohschreiben zum Übertritt zu zwingen. Als dieses nicht gelang, machte man dasselbe Mandat in Metzler selbst. Am 15. April traten auf der Rarolshöhe die Genossen Karl Wagner und Wilhelm Nees an unter jugendlichen Mitglieder Otto Rieder heran und forderten ihn auf, binnen acht Tagen sich dem Deutschen Metallarbeiterverbande anzuschließen, widrigenfalls sie mit Gewalt vorgehen würden. Dieses wäre Verleumdung gewesen. Man geht sogar dazu über, auch den Arbeitgebern mit Gewalt dazu zu zwingen, keine Verhandlungen mit den Christlichen zu führen. So brachte man es fertig, daß unter Verband bei den letzten Lohnverhandlungen nicht einzugehen wurde. Wir Arbeiter sind unseres Kollegen Wagner hin zu führen mit, daß der Gewerkschaftsführer vom Deutschen Metallarbeiterverband, Genosse Behner, es abgelehnt hätte, mit uns zusammen zu verhandeln, weil wir in der Minderheit wären. Diesen Grund hat Behner in einer öffentlichen Versammlung in Metzler selbst angegeben. Genosse Behner schreit uns besonders auf, daß von Kollektivverträgen zu haben, sonst könnte er solche Verhandlungen nicht machen. Das Abkommen, welches der Christliche Metallarbeiterverband am 11. März 1920 in Limburg unterzeichnet hat, gilt nicht nur für Limburg, sondern für Bonn, Dill und Oberhausen. Also ist die Unterzeichnung auch Gültigkeit für Metzler, was der Betriebsleiter Meck von Frankfurt in der Sitzung auch ward. Die Handlungsweise der Genossen kann man hier in Metzler gut verstehen, da durch die Tätigkeit der Christlichen Arbeiter in manchen Dingen sehr faul worden ist, die der Gewerkschaft unangenehm ist. Deshalb sucht man nun durch Terror die Christlichen hier unähnlich zu machen, indem man mit dem Schlagwort „Einheitsorganisation“ hausieren geht. So sieht es in der roten Saarburg Metzler aus. An unsere Mitglieder ergeht der Ruf: Aus Werk für den Christlichen Metallarbeiterverband zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft!

Aus der Branchenbewegung.

Schlösser.

Allen. Einem langgehegten Wunsch unserer Kollegen aus der Schlösserbranche Rechnung tragend, hat sich die Ortsverwaltung Essen vorangetragen, einer Sachkurs für Schlösser in die Wege zu setzen. Bisher bestanden noch einige Schwierigkeiten, da es an den nötigen Lehrkräften fehlte. Jedoch ist die Schwierigkeit behoben worden und konnte bereits vor 4 Wochen ein Sachkurs für Schlösser beginnen. Herr Ingenieur Wils, Konstrukteur bei der Firma Krupp, hat bereitwillig die Leitung des Sachkurses übernommen und hat für einen vorläufigen 13 Abende in Anbetracht nehmenden Kursus folgendes Programm aufgestellt: 1. Die vier Grundrichtungen mit arithmetischen Brüchen und mit Dezimalbrüchen. 2. Quadratwurzeln und Quadratwurzeln. 3. Verhältnisrechnen und Proportionen. — Raumlehre: 1. Die Winkel. 2. Die Dreiecke, insbesondere das gleichschenkelige und rechtwinklige. 3. Der Inhalt des Würfels. 4. Die Kugel. 5. Der Kreis. 6. Flächenberechnung, Körperberechnung. — Allgemeine: 1. Gewerkschaftsrechnung. 2. Selbstüberprüfung. 3. Kraft und Weg. 4. Skizzen von Maschinen und Körpern und Schmiedungen. Mehr 100 Kollegen, Lehrlinge und Gesellen. Bau- und Maschinenmeister haben sich zum Sachkurs eingefunden. Vor Eröffnung des Kurses hielt Herr Wils eine Ansprache, in der besonders auf die Notwendigkeit der fachlichen Ausbildung der im Schlösserwerk tätigen hingewiesen wurde. Gerade für die jüngeren Kollegen sei eine weitere Ausbildung sehr wichtig, da besonders in Tarifverhandlungen sich bei Festlegung der Löhne für die jüngeren Gesellen häufig große Schwierigkeiten ergeben. Die Arbeitgeber behaupten jetzt, daß die jüngeren Gesellen einen festen Tariflohn nicht verdienen, da ihre Leistungen nicht im Entwertesten anzusetzen. Es sei darum notwendig, daß alle Teilnehmer von Anfang bis zu Ende des Kurses durchhielten, zum Nutzen eines jeden Einzelnen und der Gesamtheit.

Aus der Jugendbewegung

(Aus einem Vortrag.)

Gewerkschaft und Jugendbewegung.

Werbend um eure Mitgliedschaft, steht die gewerkschaftliche Organisation vor euch. Das tut sie nicht aus eigenständigen Gründen. Allerdings, die Gewerkschaft denkt an sich selber und will euch nebenbei auch haben, als jugendlichen und zukunftsreichen Nachwuchs. Dann das Sprichwort: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! gilt auch für die Gewerkschaften. In erster Linie aber will die gewerkschaftliche Organisation um eure Mitgliedschaft, um eurer selbst willen. Die Gewerkschaft will euch helfen, ihren jungen Arbeitssamer zu sein. Und helfen kann euch vor allem die christliche Gewerkschaft.

Ihr habt Schuh an Leib und Seele doppelt nötig, weil ihr noch jung seid und allen Einflüssen mehr ausgesetzt, als das Alter. Die Gewerkschaft teilt ein für diesen Schuh; zunächst für den des Leibes. Eure Arbeit soll nicht über die jugendlichen Kräfte hinausgehen, es sollen alle nötigen Schutzvorrichtungen getroffen werden, ausreichende Arbeitspausen, freie Zeit für Weiterbildung und Erholung, das alles muß die Gewerkschaft in eurem Interesse verlangen. Ihr sollt gesunde, kräftige Männer werden. Unsere Arbeiterschaft, die sieben Zehntel der Gesamtbevölkerung unseres Landes ausmacht, darf nicht die Spuren der Verelendung an sich tragen. Als Hauptträger der Entwicklung muß sie fernab sein an Leib und Seele.

Auch an der Seele, es muß ein gesunder Geist in einem geschunden Körper wohnen. Die Seele ist nur gesund, wenn die Eitelkeit in ihr tief verankert liegt. Die Arbeit in der Fabrik, der Werkstatt, dem Büro legt die Seele noch größeren Gefahren aus, als den Leib. Eudere Gesellen suchen euch von dem Wege der Pflicht und Güte abzuwenden. Sie wollen euch veranlassen, die Arbeit nachlässig zu verrichten, getreu dem Grundsatz: Faulheit stärkt die Glieder. Die Grundzüge, die Schule und Elternhaus euch eingeprägt haben, drohen verloren zu gehen. Bleibt daher euch selbst treu, haltet eure Seele rein von Gemeinheit und Feilschaft, seid euch zu gut, als daß ihr den schlechten Elementen Gefolgschaft leistet. Die von der christlichen Metallindustrie getragene Gewerkschaft ist zu solcher Charakterstärke die wirksame Stütze. Sie erhebt eine Entlohnung nach den Regeln der Gerechtigkeit, ist daher Feind aller Dröhen im Wirtschaftsleben. Wie sie vom Unternehmer eine angemessene Entlohnung verlangt, so setzt sie dem Arbeiter die Verpflichtung treuer, gewissenhafter Arbeit auf. Diese Pflicht erbringt dem Arbeiter uralten Gewinn. Nur ein fleißiger Arbeiter wird sich am Abend mit Beiliedigung zur Ruhe legen, weil er keine Kräfte angespannt hat, weil er kein ausgehalten hat im Tageskampf.

Nur ein Arbeiterstand, der zu einer tiefen Erfassung seiner Pflichten kommt, wird ein seines Wertes sich bewußter und zu politischen Aufgaben fähiger Stand. Blickt auf die Geheule der Gegenwart. Die Arbeiter hatten nie so viele Vertreter auf den Plan bringen können, wenn nicht durch die Gewerkschaftsarbeit ihre Tüchtigkeit und ihr Standbewußtsein in die Schule genommen worden wäre. Wir christlichen Gewerkschaftler wären nicht durch 30 Mitglieder in der Nationalversammlung vertreten und hätten nicht 13 Mandate im Väterlichen Landtag, fünf im Reichstagsparlament und fünf im Väterlichen errungen.

Das Standbewußtsein führt zum Zusammenhaken, zum solidarischen Denken und Handeln, die Voraussetzung für eine Hebung des ganzen Standes. Ihr wißt, dieses Ziel wird von vertriebenen Gewerkschaftsrichtungen erreicht, von den Christlichen auf Grund ihrer christlichen, von den Sozialdemokraten auf Grund ihrer materialistischen Weltanschauung. Die Sozialdemokratie und mit ihr die freien Gewerkschaften müssen aus Verzicht jede Religion ablehnen, weil sie nach ihrer Ansicht lediglich das materielle Ergebnis der Entwicklung ist und sich nicht wandelt. Reichliche Clubauszüge und Stillereisen erkennt die Sozialdemokratie nicht an, wie die sich wandelnde Produktionsweise und die Veränderung der Gesellschaft. Dieser Standpunkt führt zur Ablehnung jedes politischen Glaubens und zur Verleumdung aller religiösen Bestrebungen. „Religion und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“, das Wort des Sozialistenführers Zabel hat auch noch heute seine Geltung.

Demgegenüber haben wir als christliche Arbeiter unsere Weltanschauung zu bekennen. Unsere Gewerkschaftsorganisation ist gerade aus dem Beweggrund entstanden, den materialistischen, religionsfeindlichen freien Gewerkschaften eine von christlichen Arbeitstragende Arbeiterorganisation entgegenzusetzen. Ihr jugendlichen Arbeiter, die ihr die christlichen Lehren euch für das Leben erhalten wollt, die ihr der Stolz und die Hoffnung des Volkes seid, seid euch eurer Weltanschauung und Würde als Arbeiter bewußt! Trachtet ein für die Hebung eures Standes, ohne dabei die Grundzüge, die allein euer Leben ausfüllen und befruchten können, zu verleugnen, d. h. seid rührige christliche Gewerkschaftler und werdet Standesbewußte aufrechte Männer.

Versammlungskalender.

Samstag, den 8. Mai 1920:

Dresden. 7,30 Uhr bei Kunze, Meißnerstraße 12.
 Erfurt. 7 Uhr bei Herkenrath, Alsbahn 5.
 Eichenburg. 7 Uhr bei Richard Eller.
 Essen-Soltau. 6 Uhr bei Wüchner, Hübelsstr., m. Wetz.

Sonntag, den 9. Mai 1920:

Billingen. 4 Uhr bei Kleemann.
 Essen (Ortsverwaltung). 10,30 Uhr vierteljährliche Generalversammlung im Vereinshaus Essen-West, Unterborst. Mitgliedsbücher dienen als Anzeiger. (Alle anderen Versammlungen an diesem Morgen fallen aus.) — Abends 7 Uhr findet im Vereinshaus Essen-West, Unterborst, ein Volksbildungabend statt. Karten sind auf dem Verbandsbüro und an der Kasse zu haben.
 Essen-Altenessen (Nord). 5 Uhr bei Egonbauer, Karlsplatz.
 Werden. 6 Uhr bei Daz, Bornstraße.

Montag, den 10. Mai 1920:

Essen-Altenessen. 6 Uhr bei Schröder, Frankenstr., Jugendversammlung.

Mittwoch, den 12. Mai 1920:

Essen-Stefe. 6 Uhr bei Kadowitzsch, Berliner Straße, Jugendversammlung.

Donnerstag, den 13. Mai 1920:

D.-Sofsted. 6 Uhr bei Konrad, Vertrauensmännerberf.

Freitag, den 14. Mai 1920:

Essen-Raternberg. 7 Uhr bei Grever.
 Werden. 7 Uhr bei Daz, Bornstr. Jugendversammlung.
 Essen (Sachkurzus der Schlösser). 6 Uhr Sachabend im Gymnasium, Bureplatz.

Selbständig arbeitende
Schmiede, Kernmacher, Maschinenformer, Gusspuher, Hilfsarbeiter, Zuschläger
 Will sofort ein A. Weten, Herrn i. Werkf.
Chauffeur
 27 Jahre, ledig, gestützt auf einwandfreie Papiere, mit Führerschein III und II, sucht ab 1. Mai 1920 od. später Stellung.
 Angeb. unter M. J. 300 an den Deutschen Metallarbeiter Duisburg, Musfeldstraße 15.